

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Janner
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Rätestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postcheckkonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühr
für die sechspaltige Kolonelle 5 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Die zwei Nationen

Es gibt nur zwei Nationen, in welche die Menschheit geteilt ist: die Nation der Armen und die der Reichen; sie sprechen verschiedene Sprachen, zwischen denen es keine Verständigung gibt.

August 1914. Kriegslärm in allen Gassen der Welt. Zu den Seiten der Grenze wird tausendfältig verkündet, das erland sei von einem unterdrückungsüchtigen, neidischen, gierigen Feind überfallen; Herd und Heimat, Arbeitsfriede, Wohlfahrt, Freiheit und Recht müssten geschirmt werden. und jung eilt zu den Waffen, darunter viele, viele Proletier. Und das an der Nawa, an der Themse, an der Seine, der Spree. Auch sie wollen Land, Wohlfahrt, Freiheit schützen. Zu fragen, wo sich ihr eigenes Land befindet, wie mit ihrer Wohlfahrt und Freiheit bestellt, mögen sie jetzt der Stunde der Not nicht. Diese Streitfrage jetzt aufzuheben, dünkt ihnen frevelhaft. Der Burgfriede, die Union arde, der Holy Truce ist doch erklärt! Erst wenn die große Gefahr beschworen, dann wollen sie die Heimat auch für sich wohnlich, die Freiheit auch für die Arbeiterklasse zur Tatsache machen. Daß ihnen dies künftig leichter sei als in der Vergangenheit, konnte nicht gut bezweifelt werden, denn: Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche! Und: Der aus dem Kriege heimkehrende Arbeiter muß England und sein Heim so finden, daß er sich darin wohlfühlt! Durch solche Versprechen angetrieben, zogen die Arbeiter begeistert in den Krieg, opferten sie Leben und Gesundheit, ließen ihre Familien hungern, ertrugen sie die Entwürdigung in der Kaserne: Der Dank des Vaterlands ist euch gewiß!

Die Proletier, die gutgläubigen, glaubten einmal mehr an die nationalistische Lüge, daß es nicht zwei, sondern viele Nationen gebe, und zwar feindliche und freundliche. Indes es auch dem beschränkt schauenden ein leichtes gewesen, zu beweisen, daß die Tatsache von den zwei Nationen selbst durch Krieg und nationalen Verbrüderungsummel unerlöschter bleibt. Denn während die eine Nation, die Proletier, an ihren Grenzen alle Höllenqualen erduldet, sich zersplittert und zerbricht, saß die andere Nation, die Kapitalisten, daheim im wohligen Kontor und rechnete ihren Gewinn von dem Massenverderben aus. Zu London wurde auf die Habenseite des kapitalistischen Kontobuches eingetragen: deutsche Kolonien, deutsche Flotte, deutsche Absatzmärkte; zu Paris: Elsaß-Lothringen, Saargebiet, Rheinland; zu Petersburg: Konstantinopel, Ostpreußen; zu Berlin: Longwy, Briey, Flandern, Wallenland. Diese Gewinnbuchungen sind, wie man heute nur zu gut weiß, nicht alle realisiert worden. Aber gewonnen haben dessen ungeachtet alle nationalen Kapitalistenklassen, die gesamte Nation der Reichen. Und verloren haben dennoch alle nationalen Arbeiterklassen, die gesamte Nation der Armen. Aber sind diese nicht für ihre Opfer an Gut und Blut mehr Wohlfahrt, mehr Rechte, mehr Freiheit versprochen worden? Ja, gewiß. März 1922. Wiederum erfüllt Kriegslärm alle Gassen des Erdballs. Die Presse ist aufs neue mit Kampfbildern gefüllt. Ein neuer Weltkrieg, der auch Neutralien erfasst, ist im Anbruch. Die Kampfeinheiten indes sind ganz anders zusammengesetzt; sie haben sich nach natürlichen, nach Klasseninteressen formiert. Es stehen nicht mehr schlechtthin Belgier, Engländer und Engländer den Deutschen und Österreichern gegenüber, sondern die Kapitalisten aller Länder den Proletieren aller Länder.

In Amerika herrscht zwischen Trustherren und Gewerkschaften streitiger Streit. In England sind dieser Tage dreihunderttausend Maschinenbauer auf die Straße gesetzt worden, um durch Hunger — Blöde! — zu besiegen, weitere Hunderttausende dürsten ihnen in zwei Wochen nachgejagt werden. In Dänemark ist fast die ganze Metallarbeiterchaft ausgerepelt. In Holland ist kürzlich ein schwerer Waffengang zu Ende gegangen. In Österreich hebt der Streit um die gleiche Lohnzulage an. In Südafrika liegen seit zehn Wochen die Arbeiter mit den millionenschweren Minenbesitzern im Kampf, sich die letzten Tage zu einem Krieg mit Maschinengewehren und Flugzeugbomben ausgewachsen hat. In Deutschland geht das Unternehmertum an zahlreichen Orten zum Kampf über, als Vortrupp auserwählter bayerischer und württembergischer Metallindustriellen liefern die erste Schlacht.

Es fehlt in allen Ländern nicht an Stimmen, die über diesen Krieg zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft, über diese Zerklüftung der Nation, über den raschen Schwund der Burgfriedensstimmung lebhaft klagen. Wer die Ursachen der Dinge der kapitalistischen Welt einigermaßen zu deuten versteht, wird seinen Atem für solche Klagen sparen. Wir Kapitalisten sehen darin nur eine erneute Betätigung der Wahrheit von dem unüberbrückbaren Gegensatz zwischen kapitalistischen und der Proletierklasse; wir sehen darin die Befestigung des Nebels, der seit 1914 unendlich viele weiter verwirrt hat. Wer will, mag den Kapitalisten Dank sagen, daß sie den Proletieren allerwärts so schnell und nachdrücklich Klassenerkennnis, Klassenbewußtsein einblauen.

Unzählige Arbeiter haben trotz aller Gegensätze den Glauben aus dem Weltkrieg mit heimgebracht, daß die nationale Brüderlichkeit, von der sie sich hatten forttragen lassen, für immer begründet, daß die sozialistische Behauptung von dem unvereinbaren Klassengegensatz ein für allemal widerlegt sei. Sie wähten, daß nun im Landesinnern der Arbeitsfriede beginne, der durch Anerkennung der Rechte und Bedürfnisse der unteren Schichten gestärkt werde. Dies glaubten sie um so mehr annehmen zu dürfen, als die bis dahin herrschende Klasse, dank des Opfermutes und der Uneigennützigkeit der Arbeiterklasse, keinen oder nur geringen Vermögensschaden erlitten, meist aber gewaltigen Vermögenszuwachs geerntet hatte. Sie träumten von einer Verständigung der Klassen, der gegenseitige Achtung und Hilfsbereitschaft nicht ermangle.

Dieser schöne Traum ist von der harten kapitalistischen Wirklichkeit jählings zerstört. In den angelsächsischen Ländern noch rascher als in den andern. An Stelle des versprochenen „wohnligen Heims mit Klavier“ steht nun das Armenhaus mit harter Holzpritsche, aus der erhofften Klassenverbrüderung ist ein beispiellos scharfer Klassengegensatz geworden, anstatt Arbeitsfriede Krieg in allen Industrien, anstatt Anerkennung der Rechte Überkennung der Rechte, anstatt Lohn für die un menschlichen Opfer zu Ruh und Frommen der begüterten Schicht Verfüzung des Lohnes bis unter die Hungergrenze. Kurz, die Kluft zwischen den beiden Klassen ist tiefer denn je, der gegenseitige Haß ist kaum noch steigerungsfähig: die beiden Nationen stehen sich so feindlich wie nur möglich gegenüber und haben die Sprache des Verständigens nachgerade verloren.

Wenn darüber von Weiterblickenden der besitzenden Schicht Englands am lautesten geklagt wird, so kommt das nicht von ungefähr. Sie ahnen, wohin das schließlich führt. Das Schicksal der Hohenzollern und der Romanows heißt sie, ihre Klasse zur Einsicht zu mahnen. Diese beiden Monarchien sind an ihren schlimmsten Sünden zugrunde gegangen. Häuten deren herrschende Kasten, anstatt unverständlich, anmaßend, brutal mit den beherrschten Schichten zu sein, Verständnis für die Notwendigkeiten der Gegenwart betätigt, die Monarchien beständen vielleicht heute noch. Gerade weil das Junkertum und seine Hauptlinge reaktionäre Gesinnung, Habgier, Anmaßung und Rücksichtslosigkeit in so hohem Grade verkörpert, war die Ausrottung des monarchischen Regimes so vollständig möglich. Und was dem deutschen Obrigkeitsstaat und der russischen Autokratie gestern widerfuhr, kann der kapitalistischen Herrlichkeit morgen geschehen, wenn sie nicht bessere Eigenschaften als das preußisch-russische Junkertum betätigt.

Diese Erwägungen haben gewißlich viel für sich. Indessen, auch wenn sie mit Engelszungen verkündet würden, das gewollte Ergebnis wird ausbleiben. Wie eindringlich ist nicht während des Weltkrieges die preußische Herrenlaste zur Einkehr, zur Bewilligung von Konzessionen an die rechtlose, grausam leidende Arbeiterchaft ermahnt worden, und selbst als ihr die Atem abschneidende Flut schon auf der Speiseklappe zu rieseln begann, hat sie sich taubhörig wie immer gezeigt. Daß sich das Unternehmertum weitsichtiger zeigt, ist so leicht nicht anzunehmen. Dieses, einem furchtbaren Dilemma erst halb entronnen, wittert schon wieder Morgenluft, wie jedesmal das Junkertum nach einem Siegesbericht Nikolaischer Beschaffenheit. Zu spät ist der preußischen Herrenlaste ein Seifenseber aufgegangen. Der internationalen Kapitalisten-schicht wird es nicht besser ergehen, zumal ja beider Fleisch und Geißt gleich sind.

Die Unternehmer wiegen sich offenbar in dem Wahn, sie könnten nach wie vor ihre Säcke aus dem schmalen Beutel ihrer Arbeiter füllen und ihre Herrenrechte über das Vorkriegsmaß ausdehnen. Die weltweite Unrast ist nicht bloß die Folge des Hungers. Sie ist das Aufbegehren der menschlichen Seele gegen die wirtschaftliche Rechtlosigkeit; sie ist das Verlangen nach Mitbestimmung des eigenen Schicksals. Sie ist das Aufbäumen der ausgebeuteten und entrechteten Arbeiterklasse gegen die Unternehmerklasse, die sich an dem Völkermord maßlos bereicherte und nun die Bereicherung am eigenen Arbeitervolk fortsetzen will.

Seit Jahr und Tag konnte man zuweilen der Meinung sein, daß aus dem Weltkrieg kein nachhaltiger Ansporn für die soziale Revolution spräche. Allein der neue Weltkrieg, den die Nation der Reichen der Nation der Armen erklärt hat und den sie mit allen Mitteln des wirtschaftlichen Krieges, mit Entrechtung, Hungerblockade und Lohnabzug betreibt, bürgt für die Belebung des revolutionären Geistes. Das vorzüglichste dabei ist, daß es in allen Industriestaaten gleichzeitig und mit gleichem Nachdruck geschieht. Wodurch die getrennten Teile der Nation der Armen ein es Geißel, ein es Willens werden. Ein Vorzug von schwerlich zu überschätzender Bedeutung für das Gelingen der wirtschaftlichen Befreiung.

Genua, Rußland und die Weltwirtschaft

Von Dr. rer. pol. Hans Stein (Köln).

In der Konjunkturbewegung der modernen Industriestaaten ist die Gestaltung des Eisenmarktes von hervorragender Bedeutung. Steigende Eisenpreise lassen ein Anziehen der Konjunktur erwarten, sinkende Preise und vor allem sinkende Produktionsziffern deuten gewöhnlich auf allgemein trübselige Erscheinungen hin. Gründe für diese Zusammenhänge brauchen nicht erst beigebracht zu werden, da die Stellung der Eisenindustrie als Schlüsselindustrie auch dem Laien ohne weiteres erkennbar ist.

Unter diesen Umständen müßten die Ziffern der Weltroheisenerzeugung des Jahres 1921 besonderes Interesse hervorrufen. Seit zwei Jahren wird ja der Produktionsorganismus der Welt von einer schweren Krise erschüttert, und ein zahlenmäßiger Anhalt dafür war von der Statistik zu erwarten. In der Tat: der Anschauungsunterricht kann besser und eindringlicher nicht gegeben werden als durch folgende Übersicht:

Roheisenerzeugung in 1000 Tonnen

	1890	1918	1921
Vereinigte Staaten	8900	80900	17900
Deutschland	2700	19000	7800
Großbritannien	7800	10280	2700
Frankreich	1700	5100	8200

In verschiedener Beziehung sind diese Zahlen lehrreich. Ganz allgemein fällt der jähe Absturz der Ziffern von 1921 gegen die von 1918 auf: bei den Vereinigten Staaten, augenblicklich dem mächtigsten Wirtschaftskörper der Erde, beinahe um die Hälfte. Unerbört ist auch der Rückgang in England. Das Produktionsergebnis steht tief unter dem von 1890. Zur Ergänzung sei noch hinzugefügt, daß die Zahl der im Betrieb befindlichen Hochofen von 318 gegen Ende 1918 auf 77 am Ende des Jahres 1921 sich verringert hat. Allerdings darf bei der Beurteilung dieses katastrophalen Zustandes die Wirkung des großen Bergarbeiterstreiks in der Eisenindustrie nicht vergessen werden, und insofern ist die englische Roheisenerzeugung des verfloßenen Jahres selbst innerhalb der Krisenatafaden als anormal zu bezeichnen. Daß Frankreich trotz seiner Kriegsschäden verhältnismäßig günstig abschneidet, dürfte zum Teil eine Folge des Friedensvertrages sein, dessen Vorteile für die französische Industrie ja bekannt sind. Das stärkste Interesse in unserer Statistik aber beansprucht Deutschland.

Das Deutsche Reich behauptet sich unter den Roheisen erzeugenden Ländern noch immer an zweiter Stelle. Gemäß ist der Absturz gegen 1918 außerordentlich, aber doch bleibt das Resultat weit über dem von 1890 und ist nicht ohne weiteres zu vergleichen mit dem anderer Länder; denn Deutschland hat gewaltige Verluste in seiner Produktionsgrundlage erlitten (Lothringen-Luxemburg, Saargebiet, Oberschlesien), wird von hohen Kohlenkontributionen bedrückt, während doch die Industrien Amerikas und Englands intakt, zum Teil sogar noch ausgebaut worden sind. Mit anderen Worten: die Statistik zeigt, daß die deutsche Eisenindustrie nur von den Wirkungen des verlorenen Krieges, nicht aber von der Weltwirtschaftskrisis betroffen worden ist.

Ähnlich liegen die Dinge für die übrigen Zweige der Metallindustrie. Es ergänzt nur unsere Feststellungen, wenn wir erwähen, daß Deutschland im Jahre 1921 etwa 40 Prozent des amerikanischen Kupferexportes aufgenommen hat gegen 33 Prozent vor dem Kriege. Hier einige Zahlen des amerikanischen Exports (in 1000 Pfund) nach:

	1919	1920	1921
Deutschland	1478	78457	212101
Frankreich	78038	112250	89924
Großbritannien	101808	89408	61188

Steigende Kupferverarbeitung also in Deutschland, sinkende bei den Westmächten. Es würde zu weit führen, wollten wir diese Entwicklung auch mit Zahlen aus den anderen Exportindustrien unseres Landes belegen. Jeder Arbeiter kennt heute den paradoxen Zustand, daß sinkender Marktwert für das Industriereich, also für das Unternehmertum hohe Exportgewinne, für das politische Reich und seine Finanzwirtschaft weitere Herrichtung, für den Arbeitsmarkt eine Erleichterung und für die Familienwirtschaft der breiten Volksmassen kaum mehr tragbare, ständig wachsende Zeuerung mit sich bringt. Wobei der Industriestaat sich zusehends kräftigt, weil er seine Gewinne entweder in Devaluta auf Auslandskonto stehen läßt, oder sie in Sachwerten, in Produktionsmitteln anlegt.

Und warum? Die Antwort ist eben schon angedeutet worden: Die Unterwertigkeit unserer Währung und, praktisch gesprochen, die billigen Preise unserer Erzeugnisse auf dem Weltmarkt haben die deutsche Industrie beinahe zum Weltverfolger und — zum gefährlichen, krisenverschärfenden, Arbeitslosigkeit schaffenden Konkurrenten des Auslandes gemacht. Das geschlagene Deutschland, dem der Versailler Vertrag den Lebensatem nehmen sollte, behauptet durch den internationalen Währungszusammenbruch seine alte Position als Exporteur. Hinter der Valutastützmauer jagen sich die Hochkonjunktoren, während draußen tiefe Depression herrscht. Das ist eine jener großen Ironien, womit die erdgeborenen Wirtschaftskräfte von Zeit zu Zeit über die Geschäftshuberei der ewig betriebenen Politiker sich lustig zu machen pflegen.

Aber nicht allein darin bestehen die Sorgen der Siegerstaaten. Neben die scharfe Industrielkonkurrenz der Schicksalvalutaländer

tritt der gewaltige Unterkonsum dieser Gebiete an weltwirtschaftlichen Produkten. Angesichts unseres Beispiels über den weltwirtschaftlichen Kupferimport Deutschlands könnte diese Feststellung einen Augenblick paradox erscheinen. Sie erklärt sich jedoch sofort, wenn man weiß, daß diese ansteigende Verbrauchskurve nur für einige wenige industrielle Rohstoffe gilt, nicht aber für die Masse der in Übersee erzeugten Güter. Die Mittel- und Schlechtaluländer, von den Küsten des Atlantischen Ozeans über Mitteleuropa hinweg bis zum nördlichen Stillen Ozean reichend, haben wegen der geringen Kaufkraft ihres Geldes ihre größtenteils hochentwickelte Bedürfnisbefriedigung stark einschränken müssen. Niedrige Konsumgebiete sind also nicht mehr aufnahmefähig, während zu gleicher Zeit in Übersee die Produktion im Vorkriegsmaß und zum Teil sogar — auf Grund der industrieanregenden Wirkungen des Weltkrieges — noch beträchtlich stärker weitergelaufen ist. Man denke nur an Rußland, das jahrelang aus den Weltwirtschaftsbeziehungen ausgeschaltet war und jetzt erst wieder unter vollkommen veränderten Bedarfsverhältnissen neue Verbindungen anknüpft. Europäischer Unterkonsum einerseits, weltwirtschaftliche Überproduktion andererseits; dieser Gegensatz ist als weitere wichtige Triebkraft zur Weltkrise zu begreifen.

Unter diesem Gewitterhimmel, dessen düstere Großartigkeit wir hier nur mit wenigen Strichen skizzieren konnten, soll die Konferenz von Genua zusammengetreten. In der Heimat jenes großen Mannes, der den Europäern einst den praktischen Weg über die Grenzen mittelalterlichen Weltbildes hinaus gezeigt hat, werden die Europäerstaaten die Mittel und Wege beraten, die zu einer Gesundung, zu neuem Aufstieg des Abendlandes führen sollen.

Was ist dazu zu sagen? Die Erfahrungen der letzten Jahre haben uns skeptisch gemacht. Zu viele Konferenzen sind ohne nennenswerte Ergebnisse verlaufen, als daß wir so ohne weiteres von Genua die rettende Zauberformel erwarten dürften. Immerhin: Die Konferenz kommt trotz aller diplomatischen Zwischenfälle zustande und deshalb müssen die neuen Gesichtspunkte beachtet werden, die hier zutage treten. Wir denken dabei, abgesehen von der Beteiligung Mitteleuropas, vornehmlich an Rußland.

Vorerst eine grundsätzliche Feststellung. Wenn die bürgerlich-reaktionären Regierungen der Westmächte sich zu einer Einlabung an die Räteregierung verstanden haben, so taten sie das keineswegs aus Mitleid mit dem von Krieg, Blockade und Hungersnot bis aufs Blut gequälten russischen Volk, sondern sie tatens aus Nützlichkeitgründen, weil sie endlich eingesehen haben, daß ein europäischer Aufbau ohne die Eingliederung Rußlands in den weltwirtschaftlichen Zusammenhang unmöglich ist.

Aber nun zur Hauptsache: Wie wird die Stellung der Moskauer Regierung in Genua beschaffen sein? Diese Frage ist einheitlich nicht zu beantworten. Man muß unterscheiden zwischen Rußlands politischem und wirtschaftlichem Vermögen. Politisch gesehen verfügt die Sowjetregierung über beachtenswerte Trümmer. Ihre nationalpolitische, gegen die Kolonialmächte des Westens gerichtete Agitation unter den Völkern des Nahen und Fernen Ostens ist erfolgreich. Die Bedingungen der türkischen Angoraregierung und die Forderungen von den Indern für Genua erprobene Forderung nach Unabhängigkeit des Kalifats sind wichtige Merkmale auf diesem Weg. England hat also durchaus nicht die Hände frei, von seinen derzeitigen innerpolitischen Schwierigkeiten gar nicht zu reden. Andererseits ist Rußland wirtschaftlich außerordentlich geschwächt und es bedarf der europäischen Hilfe. Aber auch innerhalb dieser schwierigen Lage bedeutet es für die russischen Unterhändler ein Aktium, daß sie keinen der in Frage kommenden Industriestaaten bindend verpflichtet sind, daß sie vielmehr England, Frankreich und Deutschland, deren Kapitalisten größtes Interesse für den russischen Markt zeigen, gegeneinander auszuspielen können.

In diesem Zusammenhang ist es notwendig, auf die Annäherung hinzuweisen, die kürzlich zwischen Frankreich und seinem ehemaligen Verbündeten stattgefunden hat, eine Annäherung, die in London und in Berlin mit Besorgnis beobachtet wird und auch in der deutschen Presse bereits lebhaft besprochen wird. Herr Stobeleff steht in Verbindung mit führenden politischen und Wirtschaftsexperten in Paris, und von einem Beauftragten der Sowjetregierung wußte der Berliner Korrespondent des „Manchester Guardian“ kürzlich folgende Äußerung zu erzählen:

Unsere kommunistischen Grundsätze machen uns prinzipiell zu Feinden des Versailler Vertrags, aber wenn wir feststellen, daß er die einzige Möglichkeit darstellt, um das zu bekommen, was wir benötigen, dann können wir unmöglich zu unsern Bauern sagen: Ihr könnt keine deutschen Pfünze bekommen, weil der Versailler Vertrag gegen die Grundsätze des Kommunismus verstößt.

Das heißt mit anderen Worten: Wir werden uns mit Frankreich, dem Hüter des Versailler Vertrags, ins Benehmen setzen müssen, wenn wir die in Europa gegebenen Möglichkeiten für unseren Aufbau ausnützen wollen. Derselbe Korrespondent plaudert aus, daß ein hochgestellter deutscher ihm gesagt habe, Genua werde die Spitzzeit zwischen Rußland und Frankreich sein und Deutschland werde die Hochzeitsgeschenke liefern müssen. Aber wenn wir auch geneigt sein sollten, diese Bemerkungen als europäische Zeitungsjahrgänge zu bewerten, so ist doch die russisch-französische Annäherung eine unbestreitbare Tatsache. Die Karten sind also trefflich gemischt und in Genua wird es sich zeigen müssen, ob die Spieler sie auszuspielen verstehen.

Streik in Süddeutschland

In der Nr. 11 der M.Z. wies wir kurz auf den bevorstehenden Metallarbeiterstreik in Bayern und Württemberg hin. Der Kampf ist zunächst auf der ganzen Linie entzündet. Die Arbeitgeber versuchen durch Zeitungsartikel in der bürgerlichen Presse, die Öffentlichkeit über zu täuschen. Es besagen diese, dieser Streik sei nicht angezettelt worden, denn die Forderung der wöchentlichen Arbeitszeit von 46 auf 48 Stunden sei kein Grund, einen derartig wirtschaftlich schmerzhaften Kampf zu entfesseln. Das ist unrichtig. Die württembergischen Metallarbeiter streiken um mehr als 2 Stunden Arbeitsverlängerung. In Süddeutschland ist es notwendig, einmal zu besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kommen. Zur Klärung folgen einige Berichte über die Ursachen und den Stand der Bewegung im Einzelnen. **Bayern**, **Württemberg** in München, berichtet:

Im Bayern heißt seit April 1919 ein Metallarbeiterstreik, welches in den ersten zwei Monaten für ganz Bayern entzündet hat. Durch Entschleunigung des Metallarbeiterstreiks wurde die Metallarbeiterbewegung des Landes im Juni 1919 auf die vier Großstädte München, Augsburg, Nürnberg und Regensburg beschränkt. Durch diese Beschränkung der Bewegung wurde wir gezwungen, für die übrigen Gebiete Bayerns mit dem im Arbeitsvertragsverband für die bayerische Privatindustrie beschlossene gemeinsame Streikentscheidungen eines zweiten Tarifvertrages abzuschließen. Beide Gruppen pilgerten vor zu ob ihre Tarifbewegungen gescheitert.

Der Tarifvertrag ist die 48stündige Arbeitswoche festgelegt. Im Metallarbeiterstreik für die Eisenindustrie haben wir in den Monaten Juli, August, September und Oktober 1919 einen heftigen

Kampf um die Erhaltung der 44stündigen Arbeitswoche führen müssen. Zum offenen Konflikt ließen wir es damals unter Berücksichtigung der schlechten Konjunktur und der bereits erfolgten Regelung der Arbeitszeitfrage in den übrigen Gebieten Deutschlands, wo ausnahmslos 46 Stunden, zum großen Teil sogar schon 48 Stunden gearbeitet wurde, nicht kommen. Durch Schiedspruch wurde uns im November 1919 die 46-Stundenwoche aufgegeben. In den Großbetrieben Münchens und Nürnbergs hingegen wurde bis zum Juli 1921 44 bis 45 Stunden gearbeitet.

Im April 1921 wurde der Tarifvertrag von uns gekündigt. Seit dieser Zeit besteht kein Tarifverhältnis mehr, man begnügt sich mit der jeweiligen Regelung der Lohnfrage. Der Zustand wurde auf die Dauer unhaltbar. Die Unternehmer erklärten, gedrängt durch das Arbeitgeberkartell in Berlin, nur dann einen neuen Vertrag abzuschließen, wenn die Arbeitszeit auf 48 Stunden erhöht würde. Nach Ablauf der letzten Vereinbarungen am 18. Februar 1922 trat eine Wendung ein. Die Unternehmer knüpften an die weitere Regelung der Lohnfrage zwei Bedingungen: Vornahmebehandlung der Arbeitszeitfrage und Erhöhung der sozialen Zulagen. Im übrigen legten sie einen fertig ausgearbeiteten Manteltarif vor, der eine Bestimmung über die Erhöhung der Arbeitszeit von 46 auf 48 Stunden enthielt, dagegen waren alle bereits im Laufe der letzten Monate ausgehandelten Verbesserungen weggelassen. In der Lohnfrage machten sie ein Zugeständnis von sage und schreibe „20 bis 50 %“ und Erhöhung der sozialen Zulagen um 20 %. Das war eine Herausforderung schlimmer Art. Ein Sturm der Entrüstung ging durch die Reihen unserer Kollegen, als diese Zumutung bekannt wurde. Der Vorstand ordnete sofort eine Urabstimmung über die Arbeitszeitfrage in den vier genannten Städten an. Mit überwältigender Mehrheit lehnten die bayerischen Metallarbeiter die Verlängerung der Arbeitszeit ab.

Die beiden Landesvereinigungen Nord- und Südbayern griffen nun ein. Am 20. und 21. Februar 1922 wurde ein Zwangsschiedsgericht (eine besondere bayerische Einrichtung) zusammenberufen, um den Konflikt in der bayerischen Metallindustrie beizulegen. Die Arbeitgeber legten dem Schiedsgericht die Fragen: Verlängerung der Arbeitszeit von 46 auf 48 Stunden und Regelung der Lohnfrage unter Berücksichtigung der Erhöhung der sozialen Zulagen zur Entscheidung vor.

Wir lehnten es ab, die Arbeitszeitfrage als Einzelfrage behandeln zu lassen, und beantragten, die sämtlichen unentschiedenen Fragen des Manteltarifs einschließlich der Lohnfrage zu entscheiden. Die Vorsitzenden erklärten nach den Wünschen der Unternehmer, in der Lohnfrage erkannten sie als ausreichend ein Zugeständnis von 1,35 bis 2,80 M., mit Wirksamkeit vom Tage der Fällung des Schiedspruches, und die 48-Stundenwoche.

Dieser Spruch war für unsere Kollegen unannehmbar. Die Urabstimmung in den vier Städten ergab wiederum eine überwältigende Mehrheit für Ablehnung, also für den Streik. In München (sehen zuerst circa 10.000 Arbeiter, darunter rund 8000 Metallarbeiter, im Streik. Die Stimmung der Streikenden ist trotz der großen Opfer, die von ihnen verlangt werden, gut.)

In Württemberg ist die gleiche Haltung der Metallindustriellen, samt der unparteiischen Schlichtungsstellen, zu beobachten. Wir haben es mit einem planmäßigen Vorgehen der süddeutschen Metallindustriellen zu tun. Kollege Vorhöfzer (Stuttgart) berichtet über Württemberg:

Im April 1919 wurde für das Gebiet des 9. Bezirks ein einheitlicher Rahmentarif mit der Festlegung der Arbeitszeit auf wöchentlich 46 Stunden geschaffen. Die Bestimmung über die Arbeitszeit wurde uns von den Metallindustriellen gekündigt. Die Form entsprach allerdings nicht dem Recht, trotzdem nahmen wir die Kündigung an unter der Voraussetzung, über die verbleibenden anderen Punkte des Rahmentarifs ebenfalls zu verhandeln. Im Januar 1922 fanden die Verhandlungen in Heidelberg statt. Von unserer Organisation wurde den Industriellen erklärt, daß wir keinesfalls gewillt sind, der Aufhebung der 46-Stundenwoche zuzustimmen. Wir lehnten aber nicht ab, die Frage der 48-Stundenwoche unseren Kollegen zur Urabstimmung zu unterbreiten. Daraufhin machten die Arbeitgeber Zugeständnisse in anderen Punkten des Vertrages, besonders wurde eine Regelung der Ferienfrage erzwungen. Das Ergebnis der Heidelberger Verhandlungen unterlag am 13. Februar einer Abstimmung in den Betrieben. Abgestimmt haben nur organisierte Arbeiter. Mit 100.000 gegen 6000 Stimmen wurde die Verlängerung der Arbeitszeit verworfen.

Die Angelegenheit wurde dem Schlichtungsausschuß unterbreitet. Der Schlichtungsausschuß entschied, daß die 48stündige Arbeitszeit eingeführt werden soll. In bezug auf die Zulagenzulage, die in der gleichen Verhandlung behandelt wurde, fiel der Schiedspruch materiell zugunsten für die Arbeiter aus.

Gerade die Aufbesserung der Löhne war dringender notwendig. Es sei hier einmal öffentlich festgestellt, daß die Löhne in der württembergischen Metallindustrie sehr niedrig sind. Die Holzarbeiter, Sattler, Tapezierer, Maler, Bauhandwerker beziehen mit 22 Jahren Löhne, die um 2 bis 4 M. pro Stunde höher sind, als ein qualifizierter Metallarbeiter mit 25 Jahren erhält. Auf der anderen Seite sind aber die Gewinne der Unternehmer gewaltig gestiegen.

Da die 48-Stundenwoche von den Arbeitern abgelehnt war, zogen die Unternehmer die Heidelberger Zugeständnisse zurück, würde die 48-Stundenwoche gefordert, dann wollten sie gnädigst über die strittigen Fragen erneut verhandeln. Die Unternehmer trieben, scheinbar geschehen vom Gesamtverband der Metallindustriellen, die Sache auf die Spitze. Sie tragen auch die Verantwortung für diese schwere wirtschaftliche Katastrophe.

Die Arbeiterchaft fand keinen anderen Ausweg, der Kampf wurde unermüdlich. Er ist aufgenommen worden. In München leben seit 14 Tagen 14.000 Kollegen im Streik. In Nürnberg und Augsburg wurde am 15. März die Arbeit eingestellt. In Bayern wurden bereits 31.000 Kollegen aus den Betrieben genommen. Es werden nur die Betriebsfirmen des Metallindustriellenverbandes befreit. In Württemberg kommen 40.000 Kollegen, die am 16. und 17. März die Arbeit niedergelegt haben, in Frage. Die Arbeitsniederlegung hat sich überall mit Ruhe vollzogen. Die Stimmung der Streikenden ist eine vorzügliche. Es wird mit einer Ausdauer zu rechnen sein, denn die Gesamtindustriellen und Regierungen der Industriellen denken darauf hin. Die Arbeiterchaft wird sich dadurch keineswegs schwach machen lassen.

Die Hirsch-Dandert-Jahres und Schlichter erklären sich mit unseren Kollegen solidarisch. Sie haben allerorts die Arbeit mit niedergelegt. So ist der Kampf ein einheitlich geschlossener und der Sieg wird ihm sicher sein.

Der Streik in Ostpreußen

Eine Lohnbewegung jagt die andere. Die hartnäckigste Preisentwertung der letzten Zeit zeigte als Begleiterscheinung den Willen der Arbeitgeber, die so dringenden notwendigen Lohnaufbesserungen mit allerlei Verschleierungsmethoden der Arbeitsbedingungen zu verhindern. So ist es überall zu großen Streiks gekommen, die zum Teil mit gutem Erfolg für die Metallarbeiter abgeschlossen werden konnten. Verschiedene Bewegungen entwickelten sich hingegen zu schweren Kämpfen.

Der seit Februar währende Streik der gesamten ostpreussischen Metallarbeiter dauert in unverminderter Stärke an. Unsere ostpreussischen Kollegen kämpfen um das volle Leben, wage man doch, geltenden Arbeitern Löhne von 3,20 bis 4,70 M., Angehenden 2,70 bis 4,50 M. und Ungelernten 2,50 bis 4,30 M. zu bieten. Der Kampf wird erzwungen durch die revolutionäre Arbeiterbewegung, die unverwundbar für die Unternehmern wirkt. Die Stimmung unserer Verbandskollegen ist trotz der langen Dauer des Kampfes sehr gut. Jetzt vertragen die Arbeitgeber, die Furcht der Streikenden zu fürchten. Sie wollen in den Städten mit den Streikenden verhandeln, aber für die Provinz lehnen sie jede Verhandlung ab. Die Streikenden haben dieses Angebot abgelehnt und damit ihren Willen zur Solidarität gegenüber Stadt und Land bekundet. Die Streikenden des Landes hätten einen unerschütterlichen Willen.

Kollegen, die Solidarität! Nehmt Teilarbeit, die von den besessenen Herren kommt, ab und haltet fest an euren Ostpreußen fern.

Die Tagung der Arbeitgeberverbände

Der Wunsch nach Zusammenschluß nimmt gegenwärtig einen breiten Raum in der Gedankenwelt des Arbeitgebertums ein. Der Wunsch der Arbeiterschaft, im Produktionsprozeß eine größere Rolle zu spielen und, wenn auch nur passiv, in die Wirtschaftsführung einzugreifen, hat eine Gegenbewegung der Arbeiterschaft ausgelöst. Das kam bei der Tagung der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, die Anfang März in Köln stattfand, zur Ausdrück. Die Tagung hatte, wenn man ihre Grundlinien nicht nach dem Verhandlungsgegenstand, sondern nach dem Ergebnis der Tagung betrachtet, drei hauptsächlich Aufgaben:

Einmal hat es sich darum gehandelt, die Stellung der Arbeitgeber zu befestigen. Es wurde der Beschluß gefaßt, den Internationalen Arbeitsamt mitzuarbeiten. Das stellt zweifellos den Versuch dar, die ohnehin starke Stellung des Unternehmertums im Internationalen Arbeitsamt durch fruchtige Mitarbeit der gut organisierten deutschen Arbeitgeberverbände zu unterstützen. Das ist sicherlich kein Fehlschlag. Der deutsche Syndikus ist der Typus des pflichttreuen, strebsamen, ja strebsamen Beamten, der auch in der Wirtschaft gerne pflücker ist als der Papst. Der Radikalismus in sozialpolitischer Hinsicht geht ja weniger vom Unternehmer selbst aus als vom Leiter seines sozialen Büros oder seiner Abteilung für Arbeiterangelegenheiten. Die deutsche Mitarbeit im Internationalen Arbeitsamt wird zweifellos dazu führen, daß die gegenwärtig heftig strittigen Probleme, wie Beschäftigungsdauer, Arbeiterlohn, Schutz gegen Arbeitslosigkeit usw. gegen die Interessen der Arbeiterschaft ausgedeutet werden.

In diesem Zusammenhang ist es bedeutungsvoll, daß die Tagung den Zusammenschluß mit der internationalen Arbeitgebertagung in Brüssel beschlossen hat. Zwar wurde, um sich von vornherein gegen den Vorwurf unpatriotischer Gesinnung zu wehren, ausdrücklich versichert, daß dieser Beitritt der deutschen Arbeitgeber zum Internationalen Arbeitgebertag mit internationaler Solidarität auf politischem Gebiet nichts zu tun hat. Für die Arbeiterschaft wird Grund vorhanden sein, diese Tatsache sehr ernst ins Auge zu fassen. Zwar bekämpfen sich die Bourgeoisien der verschiedenen Länder, aber ihre Produktionsmittel verschlechten sich mit jedem Tag mehr. Zwar kann man den deutschfreundlichen oder feindlichen Standpunkt in allen möglichen politischen Fragen erkennen; aber nicht zuletzt unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise ergreifen sich die Hände, die sich befinden hatten. Aber die nationalen Grenzen hinaus wachsen sich die Kräfte zu Weltorganisationen aus. Die deutsche Rohle und die französische Winnette, die deutsche Elektrizität und das amerikanische Kupfer, die indische Jute und die deutsche Textilindustrie haben längst wieder Freundschaft geschlossen. Dabei ist sicher, daß hier ein Entwicklungsprozeß erst in seinen Anfängen zu beobachten ist. Aber allerorts bilden sich Anfänge zur internationalen Begegnung des Kapitals. Und die „Überfremdung“ hat einen Grad erreicht, der sich statisch noch nicht messen läßt und der nicht immer nur das Einbringen des valutahohen Kapitals darstellt, gegen das man sich nicht zu wehren weiß. Das, was vielfach Überfremdung genannt wird, ist im Grunde nichts anderes als verabredete Interessengemeinschaft und abgeschlossene Fusion zwischen einem deutschen und einem ausländischen Unternehmen.

Diese Entwicklung, die alle Marx'schen Voraussetzungen übersteift, wird gleichwohl „Überwindung des Marxismus“ genannt. Das war der zweite große Punkt der Tagung. Professor Ohman (Spann) (Wien), ein bedeutender Wirtschaftstheoretiker, hat hierüber gesprochen. Er besand sich in einer schwierigen Lage. Nicht in der Widerlegung der Mehrwerttheorie, denn das ist zum Gemeingut der gesamten bürgerlichen Nationalökonomie geworden, und in dieser Hinsicht hat er nicht mehr als höchstens neue Wendungen gebracht. Aber er hat den Nachweis zu erbringen versucht, daß alle Elemente der Marx'schen Grundlegung falsch sind, und so macht er sich gegen die Theorie der Konzentration des Kapitals vorposten. Er stellt eine Gefahr in der Konzentration, und deshalb ist er der Ansicht, daß die Geschwindigkeit, mit der sie sich bisher entwickelt hat, überspannt sei. Er möchte einen Stopp zurückfordern. Aber er kann und will nicht ausgeben, daß diese überhöchste Entwicklung eben unmittelbar dem Geschehen der kapitalistischen Wirtschaft entspringt. Wenn jede Branche ihren eigenen Stimmes bekommen hat, so meint er, sei es schließlich das Gegebene, diese paar Stimmes durch einen Staatskommissar abzuhören, der dann das Ganze in den Dienst der Allgemeinheit stelle und den Mehrwert abschaffe. Um diese Gefahr, die er drohend heraufkommen sieht, zu verhindern, will er dem Kleinbetrieb eine breitere Geltung verschaffen und er befürwortet die völlige Binnenwirtschaft gegenüber der großkapitalistischen Entwicklung, die gegenwärtig die Grenzen überschreitet. Herr Professor Spann will lieber die Wirklichkeit geändert sehen, als Karl Marx auch nur in einem Punkte recht zu geben.

Aber diese Verwicklung hat nun zum Auslösen des dritten Gegenstandes geführt: der Stellung des Führers. War schon vorher bei den sozialpolitischen Konferenzen dunkel vom wirtschaftlichen Führer die Rede, so mußten die letzten Ausführungen Spanns, der sich ausdrücklich mit dem Stimmes-Problem befaßt, Herrn Dr. Stresemann auf den Plan rufen. Dieser mußte gegenüber der großkapitalistischen Konzentration, die Spann beklüßelt findet, wenn nicht Marx Recht behalten soll, unterzeichnen, daß er die Tätigkeit eines Mannes wie Stimmes nicht in der Zusammenfassung des Kapitals sieht, sondern in der Führerpersönlichkeit, die alle Gebietsverweiterungen vorantreibt unter dem Gesichtswinkel eines großen Wirtschaftsplanes. Deshalb hat er den Unterschied hervorgehoben zwischen dem Kapitalisten, der durch Aktienbesitz sich bemüht, über die Industrie zu herrschen, und demjenigen, der schaffender Führer in der Industrie ist und dadurch zur Macht kommt. In diesem Gegenstand ist zweifellos sozial richtig, daß der (wie Diesmann es nennt) „Effektkapitalismus“, d. h. der Kapitalismus, der sich durch den Besitz von Effekten, das sind die Aktien der Industrieunternehmen, ausdrückt, ein sehr beachtenswertes Merkmal der gegenwärtigen Entwicklung ist. Aber sie konnte in Amerika, und kann jetzt auch bei uns nur in Erscheinung treten, weil eben die wirtschaftliche Voraussetzung über den Betrieb hinausgeht und weil es sich gegenwärtig manchmal um ein Aneinanderreihen von Betrieben handelt, für das eine Notwendigkeit unmittelbar aus der Produktion nicht ersichtlich ist. Es ist wertvoll, sich auf das Zeugnis Stresemanns berufen zu können, daß bei diesen Konzentrationsbestrebungen die technische Vervollkommenung von den Unternehmern leider nicht in dem nötigen Maße gewürdigt wird. Für den Anhänger der sozialistischen Wirtschaft tritt das allerdings viel stärker hervor, als für den Wirtschaftspolitiker, der trotz keiner Ausstellungen auf dem Boden der gegenwärtigen Ordnung steht.

Aber eine Äußerung Stresemanns war besonders bemerkenswert für den Geist dieser Tagung. Einen breiten Raum in den Gedankenängen der Großindustrie und des Unternehmertums nach der Revolution nahm die Forderung ein, die Wirtschaft zu entpolitizieren und wirtschaftliche Fragen rein aus dem Gesichtswinkel der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit zu betrachten. Heute ist die Wirtschaft geistig. Der Umkreis der einzelnen Unternehmen hat sich ungeheuer erweitert. Immer mehr werden die Produktionsmittel an wenige Gruppen aufgeteilt. Das wirtschaftliche Monopol tut sich auf. Da findet es Stresemann an der Zeit, den Wirtschaftsführern zuzurufen: „Ginein in die Politik!“ Das ist vielleicht zusammenfassend das beste Kennzeichen für die neue Stellung der Arbeitgeberverbände, da sie ihren Aufgabenkreis jetzt, nachdem sie sich die Wirtschaft ganz untertan gemacht hat, erweitern wollen. So ist es auch zu verstehen, daß dieser internationale Zusammenschluß der Arbeitgeberverbände erfolgt ist.

Alles, was sich in der letzten Zeit entwickelt hat, deutet für den, der sehen kann, darauf hin, daß es für die Arbeiterschaft dringender denn je ist, ihre landsmännischen und ihre zwischenstaatlichen Organisationen zu festigen und auszubauen, damit sie nicht von denen überzumpelt wird, die bisher internationale Zusammenschlüsse verächtlich fanden und sie heute selbstverständlich und mit allem Nachdruck eingestehen.

Die englischen Maschinenbauer ausgesperrt

Als der 9. März zur Neige ging, war die Aussicht auf Verhütung der Aussperrung der englischen Maschinenbauer geschwunden. Die Verhandlung zwischen der Regierung und dem Vertreter der Unternehmer und dem der Arbeiter hatte zu keinem Ergebnis kommen können. Es war indes klar geworden, daß die Frage der Überzeitarbeit (siehe den Aufsatz in Nr. 10 der Metallarb.-Ztg.) den Unternehmern zur Nebensächlichkeit geworden ist; sie legen nun den Hauptwert auf die Beseitigung des (an sich unbedeutenden) Mitbestimmungsrechts der Arbeiterausschüsse (shop stewards). Ihr vom Kriege her etwas augenagtes Herrenrecht wollen die Unternehmer wieder in seiner alten Uneingeschränktheit festlegen. Demgegenüber betonen die Arbeiter, daß sie wohl berechtigt seien, in den Betrieben, wo es sich um ihre Gesundheit und Freizeit, wie um die Wohlfahrt der Volksgemeinschaft handle, ein Wort mitzureden. Es stehen hier, wie schon oft, die zwei Anschauungen gegenüber, zwischen denen es schwerlich eine Verständigung gibt. Die Maschinenindustriellen machten ihre Drohung am 13. März wahr; sie singen an, ihre Arbeiter auszusperrern.

Die Aussperrung betrifft, vorderhand wenigstens, nur die Mitgliedschaft des Maschinenbauer-Verbandes, etwa 300 000 Köpfe stark. Aber das Schicksal der andern Gruppen des Maschinen-gewerbes, der Angelernten, Halbgelernten und Handwerker, die nicht zum Maschinenbauer-Verband gehören, läßt sich noch nichts bestimmtes sagen. In diesen Tagen stimmen diese Berufe gleichfalls über die Forderung der Unternehmer ab. Da die Abstim-mung erst am 23. März beendet ist, wird erst nach diesem Tage zu sagen sein, ob das Nachtgebot der Unternehmer angenommen ist oder nicht, in welchem letzteren Fall auch die Angelernten usw. in die Reihe der ausgesperrten Maschinenbauer gedrängt werden. Vorerhand arbeiten sie noch. Lange läßt sich natürlich der durch Fortbleiben der Masse der gelernten Leute geschaffene Zu-stand nicht aufrechterhalten. Die Angelernten werden zwar von den Fabrikanten mit Auftragsarbeiten beschäftigt, aber damit wird es bald zu Ende sein. Sie müssen mögen die Unternehmer hoffen, daß die Angelernten die Bedingungen annehmen, womit ein Teil in die Arbeiterschaft getrieben wäre. Freilich hätten die Angelernten auch durch ihre Annahme des Nachtgebotes noch keine Aussicht auf Weiterbeschäftigung, weil sie allein, ohne die Handwerker, nichts verrichten können. Auf jeden Fall ist das Schicksal der einen Gruppe mit dem der andern eng verknüpft.

Vor dieser Aussperrung ist der Lohnstreit der Schiff-bauer etwas in den Hintergrund getreten. Daß er Aussicht auf Beilegung habe, steht nirgends geschrieben. Es wird ver-handelt. Daß die Werftarbeiter hartnäckig auf ihrem Stand-punkt beharren werden, heißt die Größe der schon erduldeten Wut abnehmen. Im Jahre 1921 wurden den Reitarbeitern 17 Schilling die Woche, den Stichtarbeitern 40 bis 60 v. H. abgezogen. Wenn die gegenwärtige Forderung der Werftarbeiter (16 1/2 und 10 Schilling) in Kraft käme, würde der Durchschnitts-lohn im Schiffbau etwa Schilling betragen:

	London	Barron
Kesselschmiede	53 1/2	49 1/2
Mechaniker	48 1/2	45 1/2
Vorhalter	40 1/2	38
Schiffschmied	58 1/2	49 1/2

Wie ein solches Einkommen zu bewerten ist, wird durch einen Vergleich mit dem Satze der öffentlichen Armenunterstützung klar. Nach dem vom Ministerium für London bestimmten Sätzen kann ein erwerbsloser Familienvater mit drei Kindern von der Armen-behörde höchstens 41 Schilling und 3 Schilling für Heizung, also 44 Schilling erhalten. Für den Erwerbslosen mit vier Kindern stellen sich die Sätze auf 45 und 3 Schilling. Somit erhält ein schwermehrender Mann im Schiffbau nicht mehr als ein Almosenempfänger. Der Durchschnitt der oben erwähnten Lohnsätze (etwa 47 1/2 Schilling) ist, real bewertet, gleich 24 Schilling im Jahre 1914. Wenn die Werftarbeiter, wie es zurzeit den Anschein hat, gleichfalls aus den Werfstätten gehen, wird sich die Schaar der Feindenden um Hunderttausend vermehren. Und sie werden, wie die Maschinenbauer, noch ein weiteres Hunderttausend nach sich ziehen. In beiden Industriezweigen sind nicht ganz 1,3 Millionen Leute beschäftigt.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Regierung den abgerissenen Faden der Verhandlung wieder zu schürzen sucht. Die Gelegen-heit mag sie gekommen erachten, wenn das Ergebnis der Ab-stimmung der nicht ausgesperrten Berufe des Maschinenbauers vorliegt. Es kann ihr nicht gleichgültig sein, daß die Millionen Erwerbslose um weitere fünf Viertelmillionen vermehrt werden, von Verdienstlosen, die kaum auf eine gewerkschaftliche Unter-stützung von einigen Wochen rechnen können und von dem Bezug der staatlichen Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen sind. Denn deren Zahlung bestimmt, daß Arbeiter, die zuletzt in einer Stelle waren, wo Streik oder Aussperrung herrscht, erst dann wieder unterstützungsberechtigt sind, wenn sie in einer neuen Stelle gearbeitet und diese verloren haben.

Vor fünfundsanzig Jahren

Unter dieser Überschrift schildert unser Kollege August Gaaß in der Rheinischen Zeitung vom 11. März seinen Eintritt in den Metallarbeiter-Verband. Die Schilderung hat für das zweite Verbands-geschlecht des Lehrreiches genug. Als 15-jähriger Knabe fand Gaaß den Weg zum Fährlein der Organisierten. Das ging so zu:

Fastnachtssonntag. Durch die Straßen Solingens bewegte sich ein Fastnachtstanz von zehn bis zwölf Wagen. Auf einem der Wagen ist ein riesenhaftes Schind mit der Aufschrift: "Wir nehmen keine Hundemarke" angebracht. Ein groß aufgebauter Hund hat eine Schwanzmarke, wie ein Schleißlein so groß, mit einer weit sicht-baren Nummer umhängen.

Am Tage später. Im großen Livoltsaale eine Riesensamm-lung. Alles spricht gegen die Firma Webersberg, Kirchsbaum & Co., weil sie es wagt, den Arbeitern eine Kontrollmarke und Strafen für 3-pätkommen anzubieten. In einer Seiten-saale steht ein bartloser junger Mann mit langem, schwarzem Kinn-haar und blassem Gesicht. Möglichst meldet er sich zu Wort und redet feurig mit einer glänzenden Behörde für die Rechte und Freiheiten der Arbeiter, die nur durch eine gute, kräftige Organisation zu erreichen wären und nicht durch Fastnachtstänze, Schnapsstrinken und Schimpfen.

Schon gehen die Sendboten des Metallarbeiter-Verbandes mit Aufnahmefähigkeit durch den Saal. Als sie zu mir kommen, frage ich meine Neben mir sitzenden Mitbewerber: "Soll ich mich auf-nehmen lassen? Er war geistig mein Führer und, da er blind war, ich auch sein Führer. Er antwortete: Wenn du Lust hast, sage ich ja. Als Landjäger, der die Freiheit mit der Kuriermilch eingesogen hatte, füllte ich den Aufnahmefähigen sofort aus und wurde so, mit 15-jährigen, Mitglied des Metallarbeiter-Verbandes. Die Zahl der Aufnahmen war nicht sehr groß. Die Hundemarke kamen und wurden genommen.

Alle vierzehn Tage war Mitgliederversammlung. Ich war regel-mäßiger Besucher und mit mir die meisten andern, denn die Versamm-lungen waren in der Regel nur von zwei bis drei Dutzend Mann besucht."

Der junge Kollege wurde von den älteren für voll angesehen und bald mit wichtigen Posten betraut. Mit 17 Jahren wurde er Schrift-führer, Kartelldelegierter, ja sogar (vorübergehend) Vorsitzender der Verbandsgruppe in Nemscheid. Wie ein häßliches Vieh aus längst ver-gangenen Zeiten wird jetzt der jungen Kollegenschaft das Folgende klingen:

"In Nemscheid in den meisten Betrieben elf Stunden Arbeitszeit. Von morgens 6 bis abends 7 Uhr. Samstags fing man um 5 Uhr an und hatte dafür um 6 Uhr Feierabend. Fast alle Arbeiter nahmen sich morgens Kartoffeln mit in die Fabrik, und zwischen 8 bis 9 Uhr wurden auf einem Stück glühenden Eisens die Kartoffeln ge-bratet und in einer Frühstückspause von einer halben Stunde mit den notwendigen Butterbrotchen verzehrt. Kontrollmarken, wie bei B. & C. in Solingen, kannte man nicht. Der Fabrikant arbeitete mit, auch in den Betrieben, wo 50 bis 100 und oft noch mehr Arbeiter waren. Zu jedem jagte der Fabrikant, 'du' und trant fast ohne Ausnahme mit aus derselben Flasche. Schnaps war in den meisten Fällen das Bindeglied. In der Wirtschaft kostete ein Schnaps 8 S., zwei 15 und drei 20 S. Die Folge war, um zu profitieren: man trank fast stets drei. Mitglieder hatten unter solchen Umständen die Gewerkschaften wenige. Erfolge gab es daher keine, und die wenigen Mitglieder waren wirflische Idealisten. Trotz der großen Hausindustrie, trotz der Wohnungsmängel, die alle am 1. Mai vorgezogen wurden, wobei ein Arbeiter dem andern half und wo jeder frei haben konnte, sah man bei den Metallpazergängen nur eine ganz bescheidene Zahl. Beachtet man heute die Bewegung, so wird auch der größte Optimist von damals niemals geglaubt haben, daß 25 Jahre später die Arbeiterbewegung ein solcher Machtfaktor geworden wäre."

"Ein solcher Machtfaktor" konnte unser Verband werden dank der hingebenden Arbeit der alten Jungen und der jungen Alten. Als ihrer Mühe schönster Preis steht die größte Gewerkschaft der Welt.

Zur Beachtung!

Die allgemeine und gewaltige Steigerung der Geseßungskosten zwingt uns, die Bezugs- und Anzeigenpreise vom 1. April ab wie folgt zu erhöhen:

Bezug für das Vierteljahr . . . 50.— Mk.
Anzeigenpreis der sechspaltigen Kolonelleiste oder deren Raum 50.— Mk.

Verlag der Metallarbeiter-Zeitung.

Änderungen im Gewerbegerichts-gesetz

Mit dem 31. Januar d. J. ist das Gesetz über Abänderung des Gewerbegerichtsgesetzes in Kraft getreten. Die Zuständigkeit des Gewerbegerichts ist erweitert für Streitigkeiten über Erteilung, Form und Inhalt einer Auskunft über den Arbeiter seitens des Arbeitgeber. Ferner für Ansprüche auf Schadenersatz wegen Erteilung oder Einholung einer Auskunft über den Beschäftigten sowie über Streitigkeiten wegen Form und Inhalt von Zeugnissen.

Weiterhin ist das Gewerbegericht zuständig für Ansprüche aus der sogenannten Konkurrenzklause, d. h. Ansprüche aus einer Vereinbarung, durch die der Arbeitnehmer für die Zeit nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses in seiner gewerblichen Tätigkeit irgendwie be-schränkt wird.

Das Alter für die Wählbarkeit als Weisiger ist auf das vollendete 25. Lebensjahr herabgesetzt worden; auch weibliche Arbeiter können jetzt als Weisiger gewählt werden. Die Entschädigung an Arbeit-nemerbesitzer für Teilnahme an Sitzungen wird so bemessen, daß der wirkliche entgangene Arbeitsverdienst gezahlt wird.

Verzugsfähigkeit gegen Urteile der Gewerbegerichte ist für die Zukunft nur dann möglich, wenn der Wert des Streitobjekts 5000 M übersteigt. Auch die Gebühren für Rechtsstreitigkeiten sind erhöht worden, und zwar für einen Gegenstand bis zu 20 M 1,50 M, für einen Gegenstand von mehr als 50 bis 100 M 5 M. Die Gebühr steigt für jede weitere 100 M um 5 M bis zur Höchstgrenze von 300 M.

Von großer Wichtigkeit ist der neue § 31 des Gesetzes, der wie folgt lautet:

"Rechtsanwälte werden als Prozeßvollmächtigte oder als Beistand vor dem Gewerbegericht nicht zugelassen. Das gleiche gilt für Personen, die das Verhandeln vor Gericht gewerbsmäßig betreiben."

Zugelassen sind dagegen Vertreter von Arbeitgeber- und Arbeit-nemervereinigungen, insbesondere Gewerkschaftsbeamte, so-wweit sie für Mitglieder der vertretenen Vereinigung auftreten und nicht auch für andere Personen vor Gericht gegen Entgelt tätig sind.

Die vor Inkrafttreten des Gesetzes anhängig gewesenem Rechts-streitigkeiten werden noch nach den alten Vorschriften erledigt.

Fahrpreismäßigung für Lehrlinge

Der Vorstand unseres Verbandes hat sich bemüht, Fahrpreis-ermäßigung für Arbeiter und Lehrlinge zu erlangen. Der erste Erfolg dieser Bemühung liegt vor. Das Reichsverkehrsministerium teilt unsern Vorstand mit:

Zufolge Ihres dem Sachreferenten meines Ministeriums über-mittelten Wunsches teile ich ergeben mit, daß bereits Anordnung getroffen ist, die Ausgabe der Schülermonatskarten auf die Handwerkslehrlinge auszuweiten. Die Durchführung der Maßnahme, mit der der Eisenbahndirektion Erfurt beauftragt worden ist, steht im Laufe des Monats März zu erwarten.

Der deutsche Eisenbahn-Personen- und Gepäcktarif, Teil II, wird voraussichtlich wie folgt ergänzt werden:

Schülermonatskarten werden ausgegeben an Personen unter 18 Jahren, die auf Grund eines schriftlichen, den gesetzlichen Erfordernissen entsprechenden Lehrvertrages ein Handwerk erlernen.

In dem Antrag nach vorgeschriebenem Muster hat der Lehr-meister anzugeben, auf welche Zeit der Lehrvertrag geschlossen ist, und ferner zu bescheinigen, welches Handwerk der Lehrling erlernt und daß ein schriftlicher, den gesetzlichen Erfordernissen entsprechender Lehrvertrag geschlossen ist. Die zuständige Handwerkskammer hat zu bescheinigen, daß die Angaben richtig sind und daß ihr der Lehr-vertrag vorgelegen hat."

Ich habe die Eisenbahndirektion Erfurt beauftragt, Ihnen den Wortlaut der Berechnung des Tarifs und den Zeitpunkt der Ein-führung der Maßnahme seinerzeit noch unmittelbar mitzuteilen.

Sobald die vom Reichsverkehrsminister angeforderte genauere Anweisung durch die Eisenbahndirektion Erfurt eingeht, werden die Verwaltungstellen Bescheid erteilen, damit diese die Eltern der Lehrlinge und diese selbst auf die Vergünstigung aufmerksam machen können.

Druckfehlerberichtigung.

Im Verlaufs der Nummer 10 muß es in der ersten Zeile heißen: "von tausend Räten genau 100 Räte" heißen: "von tausend Räten . . ."

Unsere Arbeitslage

Die Erhebungen umfassen in der Woche vom 2. bis 9. März 731 Verwaltungen mit 28 663 Betrieben und 2 110 328 Arbeitern. 28 431 Betriebe mit 2 091 570 Arbeitern waren vollbeschäftigt, still-gelegt waren in der Berichtwoche 126 Betriebe mit 6174 Arbeitern, verläßt arbeiteten 106 Betriebe mit 12 584 Arbeitern. Die Gestaltung der Arbeitslage in der Metallindustrie ist folgenden Zahlen zu ent-nehmen:

	Berichtwoche		Vorwoche	
	Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter
Vollbeschäftigt	99,19	99,11	99,11	99,04
Stillgelegt	0,44	0,29	0,47	0,32
Kurzarbeiter	0,37	0,60	0,42	0,64

Diese Woche ist ein weiterer Rückgang der stillgelegten sowie der Kurzarbeitbetriebe und Kurzarbeiter zu verzeichnen. Als Grund der noch stillgelegten und verläßt arbeitenden Betriebe und Arbeiter werden Kohlen- und Rohstoffmangel und ungenügende Aufträge angegeben.

Ohne Kurzarbeiter sind die Bezirke Königsberg, Weisfeld und Sagen. Dresden, Halle, Köln und Stuttgart haben keine nennenswerte Anzahl von Kurzarbeitern. Stuttgart hat die größte Zahl von still-gelegten und kurzarbeitenden Betrieben und Arbeitern aufzuweisen. Folgende Zahlen veranschaulichen die wöchentlichen Verände-rungen in der Gesamtziffer der Kurzarbeiter:

Woche vom 28. Januar bis 11. Februar . . .	11 622	= 0,55%
• • • 11. bis 18. Februar . . .	16 696	= 0,70%
• • • 18. • 25.	14 281	= 0,68%
• • • 25. Februar bis 2. März . . .	13 615	= 0,64%
• • • 2. bis 9. März	12 584	= 0,60%

Die Dauer der Kurzarbeit zeigt folgende Aufstellung:

Stunden	Berichtwoche		Vorwoche	
	Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter
42 bis 45	16	15,1	1270	10,1
36 • 41	28	26,4	4594	36,1
32 • 35	12	11,8	2529	20,1
24 • 31	37	34,9	3451	27,4
unter 24	13	12,3	800	6,3
			20	16,8
			1 769	13,1

Die Zahl der unter 24 Stunden Beschäftigten hat einen Rückgang von etwa 1000 Arbeitern zu verzeichnen.

Aber Berlin ist diese Woche folgendes zu berichten: Vorhanden sind 3213 Betriebe mit 259 820 Arbeitern. Nach Meldungen der dortigen Betriebsräte über Groß- und Mittelbetriebe ergibt sich:

Vollbeschäftigt sind . . .	700	Betriebe mit 153 785 Arbeitern.
Verläßt arbeiten . . .	24	• 6 642
In der Vorwoche . . .	25	• 6 659

Von 161 274 Mitgliedern waren 11 008 arbeitslos, 6 404 Kurz-arbeiter, davon in Berlin arbeitslos 2 486. Auf je 100 Mitglieder entfallen in der

	Mitglieder des Verbandes	Kurzarbeiter
Woche vom 28. Januar bis 11. Februar	0,66 %	0,64 %
• • • 11. bis 18. Februar . . .	0,73 %	0,68 %
• • • 18. • 25.	0,85 %	0,69 %
• • • 25. Februar bis 2. März . . .	0,84 %	0,68 %
• • • 2. bis 9. März	0,83 %	0,68 %

An Arbeitslosenunterstützung wurden in dieser Woche vom Ver-band 150 784 M. ausbezahlt.

Eines Handwerksburschen Klage

Auf den gleichbetiteltten Aufsatz in Nr. 7 der M.-Z. geht uns von einem weiteren Opfer der Mißstände im Unterkunfts-wesen in Müll-heim a. N. noch eine Klage zu, die wir, um ihre Wirkung nicht abzuschwächen, getreu wiedergeben. Bei dieser Gelegenheit sei erneut an unsere Müllheimer Kollegen wie auch an die mancher anderen Orte die dringliche Mahnung gerichtet, schnellstmöglich Abhilfe zu schaffen. Die neueste Klage lautet:

Ich kam am 9. September 1921 in Müllheim a. N. an und nahm am selben Tag da Arbeit. Jetzt hieß es folgen, für den Abend eine Pötte zu erhalten. Ich dachte mir das ganz einfach. Ich frag einen Kollegen nach dem Pöttehaus oder so etwas. Der Kollege sah mich groß an und suchte die Schultern. Da stand ich allein auf weiter Flur. Erst dachte ich, der ist nicht aufgeleitet, dir zu antworten. Als ich aber das Pöttehaus noch zweimal erlert hatte, wußte ich, wo der Wind herkam. Na, dachte ich, nun geht du nach dem Verbandsbüro, dann ist es gut. So frag ich einen: Wo ist das Büro des Metallarbeiter-Verbandes? Er erteilte mir Auskunft. Siehe da, ich landete am Büro der Christen. Da erfuhr ich dann, wo unsere Hude ist. Hier sagte mir dann der Vorsitzende: Ja, lieber Kollege, hier gibt es wohl evangelische und katholische Gesellenhäuser, aber kein Pöttehaus. Er nannte mir dann Namen und Adresse einer Pötte, wo noch Aussicht sei, eine Pötte zu erhalten. Endlich angekommen, wieder Essig. Da ich noch im Besitz von 46 M. war, ging ich ins Hotel (folgt der Name eines christlichen Hauses) und zahlte 15 M. für ein Zimmer für eine Nacht. Endlich im Paradies, denke ich. Ein Hausdiener bringt mich in den dritten Stock, hier ist es hoch und luftig, schöne Aussicht nach dem Hof. Das Bett macht einen einladenden Eindruck. Ich schmelze auf dem Sessel des Gemüses. Nachdem ich den Rauch etwas in Falten gezogen habe, fange ich Schafversuche an. Von heftigen Schmerzen gequält, fahre ich auf, fasse nach der juckenden Hautstelle und habe eine . . . ich fasse daneben und habe zwei liebliche kleine fette Tierchen. Ich drehe das Licht an, schlage die Decke zurück, und siehe da: In Gruppentafelna oder vielmehr in ausgeschwärmter Linie treten die armen Tiere den Rückzug an. Das war eine gestörte Nachtruhe meinerseits — oder das gestörte Frühstück andererseits. Daß ich gleich gerückt bin und vorzug, lieber unter freiem Himmel zu pennen, ist wohl jedem klar. Glücklicherweise habe ich schnell Wohnung gefunden. Aber solch traurige Zustände war ich platt, da ich aus einer Gegend kam, wo in jedem größeren Ort mindestens ein Pöttehaus ist, oder wenn nicht, so doch wenigstens eine vernünftige Pötte. Ich rufe der Verbandsleitung und allen organisierten Kollegen zu: Schafft Arbeiterheime, nicht bloß im Interesse derer, die auf der Waise sind, nein, um des ganzen Proletariats willen, welches gerade in Müllheim an der Ruhr noch etwas weit hinter dem Rande ist. R. St., Dreher.

Arbeiterurlaub

Das Reichsamt für Arbeitsvermittlung hat das im Tarifschieds-befindliche Material über den Arbeiterurlaub nach den über die Ferien-frage getroffenen Einzelbestimmungen durchsucht; es berichtet darüber im Reichsarbeitsblatt. Ein Rechtsanspruch auf Urlaub wird in dem Tarifverträgen fast ausschließlich erst nach einer Mindestarbeitszeit beim gleichen Arbeitgeber zugestanden. Vielfach ist auch ein Mindestalter (21 Jahre) Voraussetzung. Die unterste Grenze der vertraglich ge-forderten Beschäftigungsdauer ist gewöhnlich 3 Monate. Die jahres-zeitliche Festlegung des Urlaubs bestimmt meist der Arbeitgeber im Einvernehmen mit den Vertretern der Arbeitnehmer. Häufig ist in den Tarifverträgen bei Hochkonjunktur eine Urlaubsfötte vorge-sehen. Die Urlaubsdauer nimmt überall bei demselben Arbeitgeber zu. Der Urlaub dauert im allgemeinen bei den industriellen Arbeitern mindestens 3 bis in der Regel höchstens 12 Tage. Gemeinde- und Staatsarbeiter sind günstiger gestellt. Der Befehlsurlaub wird nur in den wenigsten Tarifverträgen geregelt. Teils wird der Befehl-ung dem Arbeiter gleichgestellt, teils werden ihm 8 Tage im Jahr bewilligt. Nach den meisten Abkommen darf unverschuldete Arbeits-ferien dem Urlaub nicht angerechnet werden. Wie die in die Ferienzeit fallenden Sonn- und Feiertage behandelt werden sollen, ist oft in den Tarifverträgen überhaupt nicht bestimmt oder teils unbestimmt, teils werden nur Arbeitstage als Urlaubstage ver-zehnet.

Wahlreglement für die Wahl der Delegierten zum XI. Gewerkschaftsfongress in Leipzig

Vorschläge und Aufstellung der Kandidaten.

In den Verwaltungen, die selbständige Wahlabteilungen bilden, steht den im Statut (§ 88 Abs. 4 und 5) vorgesehenen Mitglieder- versammlungen das Recht von Kandidatenvorschlägen zu.

Sind in einer Mitgliederversammlung mehrere Strömungen vorhanden, so hat neben dem größeren Teil der Versammlung (Mehrheit) die nächstgrößte Gruppe (Minderheit) das Recht, eine Kandidatenliste vorzuschlagen, wenn sie mindestens 10 Prozent der in der Versammlung anwesenden Mitglieder vertritt. Mehr als zwei Kandidatenlisten sind nicht zulässig.

Wird eine Mehrheits- und eine Minderheitsliste in Vorschlag gebracht, so kann jede der beiden Listen Kandidaten bis zur 1/3fachen Zahl der zu wählenden Delegierten benennen, mindestens jedoch einen mehr, wie zu wählen. Diese beiden Kandidatenlisten gelten als gebundene und sind bei der Wahl als Liste A resp. B, beginnend mit dem Namen des an erster Stelle stehenden Kandidaten zu bezeichnen. Von der obliegenden Liste gelten, beginnend mit dem an der Spitze stehenden Kandidaten, nach der Reihenfolge der aufgestellten Kandidaten so viele als gewählt, wie Delegierte zu wählen sind. Ist einer dieser gewählten Delegierten verhindert, an dem Gewerkschaftsfongress teilzunehmen, so tritt der auf der obliegenden Liste an nächster Stelle stehende Ersatzmann an seine Stelle.

Wird nur eine Kandidatenliste vorgeschlagen, darf dieselbe nicht mehr als die doppelte Zahl Namen enthalten, wie Delegierte zu wählen sind. Bei einer Kandidatenliste gelten bei der Wahl diejenigen Kandidaten als gewählt, auf die die höchsten Stimmenzahlen entfallen sind.

In den Verwaltungen, die mit anderen gemeinsam eine Wahlabteilung bilden, erfolgt die Aufstellung der Kandidaten ebenfalls in Mitgliederversammlungen. Zulässig ist auch hier im gleichen Sinne wie bei Verwaltungen, die selbständige Wahlabteilungen bilden, die Aufstellung zweier Kandidatenlisten. Werden hier zwei Listen aufgestellt, darf jede der beiden Listen nur soviel Namen enthalten, wie Delegierte zu wählen sind. Wird in einer Verwaltung nur eine Kandidatenliste vorgeschlagen, ist eine Benennung von Kandidaten bis zur doppelten Zahl der zu wählenden Delegierten zulässig. Bei Einreichung zweier Vorschlagslisten ist der eine Vorschlag mit A, der andere mit B zu vermerken. Mit dieser Bezeichnung und gleichzeitiger Namensnennung aller vorgeschlagenen Kandidaten stellt die Bezirksleitung sämtliche aus den einzelnen Verwaltungen gemachten Vorschläge zusammen und übermittelt dieselben allen Mitgliedschaften, die zu einer Wahlabteilung gehören, zur Wahl. Gewählt sind bei diesen Wahlabteilungen die Kandidaten, auf deren Namen die höchste Stimmenzahl entfällt. Von den unterlegenen Kandidaten gilt der mit der nächstfolgenden Stimmenzahl als Ersatzmann.

Bei den Wahlabteilungen, zu denen mehrere Verwaltungen gehören, wird es sich vielfach für Verwaltungen empfehlen, zwecks Vermeidung einer zu starken Stimmenzerpflüchterung von einem eigenen Vorschlag abzusehen und sich dem Kandidatenvorschlag einer benachbarten Verwaltungsstelle, die zur gleichen Wahlabteilung gehört, anzuschließen.

Die zur Aufstellung der Kandidaten einzuberufenden Versammlungen müssen den Mitgliedern durch Handzettel oder durch Ausschreibung in der Presse rechtzeitig und ausreichend bekannt gemacht werden. Erscheinen mehrere Arbeiterzeitungen am Orte und soll die Ausschreibung der Versammlung in der Presse erfolgen, so hat diese Ausschreibung in allen Arbeiterzeitungen zu erfolgen.

Die Abstimmung in den Mitgliederversammlungen über die Kandidatenvorschläge ist geheim und erfolgt mittels Stimmzettel.

Vor der Aufstellung der Kandidaten und bei der Wahl der Delegierten darf eine unlautere Agitation zugunsten bestimmter Personen nicht erfolgen. Dagegen ist selbstverständlich eine offene Aussprache über die Kandidatenvorschläge vor der Abstimmung zulässig. Kandidaten auf ein gebundenes Mandat zu verpflichten, ist unzulässig.

Haben die Mitgliederversammlungen der einzelnen Verwaltungen zu den Kandidatenvorschlägen Stellung genommen, so sind weitere Vorschläge aus diesen Mitgliedschaften unzulässig.

Die von den Mitgliedschaften zusammengesetzter Wahlabteilungen gemachten Vorschläge müssen bis spätestens 23. April 1922 in den Händen der zuständigen Bezirksleitung sein.

Bei Mitteilung der vorgeschlagenen Kandidaten an die Bezirksleitung sind etwaige Adressänderungen, die sich inzwischen bei den Bevollmächtigten ergeben haben, anzugeben.

Nach dem 23. April 1922 der Bezirksleitung zugehende Vorschläge können nicht mehr auf die Vorschlagsliste gestellt werden.

Die Bezirksleitung hat die eingegangenen Vorschläge (nicht vor dem 24. April 1922) zur Kandidatenliste gemäß den gemachten Vorschlägen und den vorstehenden Vorschriften zusammenzustellen und diese den zur Wahlabteilung gehörenden Verwaltungen bis spätestens 30. April 1922 zuzustellen. Verwaltungen, die bis zu diesem Tage die Vorschlagsliste noch nicht erhalten haben, haben dies sofort der Bezirksleitung (der Bezirksleitung) mitzuteilen, damit es die Liste der betreffenden Verwaltungsstellen noch vor dem Wahltermin stellen kann.

Wahlbezirke.

Jeder Ort, dessen räumliche Ausdehnung es erfordert, kann zum Zwecke der Erzielung einer regen Wahlbeteiligung in mehrere örtliche Wahlbezirke eingeteilt werden. Für jeden derartigen Bezirk ist ein Wahlmann (wenn in einer Wirtschaft, nach Möglichkeit ein Nebenmann, das nicht dem allgemeinen Wirtschaftsverhältnis dienlich zu bestimmen und ein aus drei Personen bestehender Wahlvorstand zu ernennen.

Die Entscheidung darüber, ob ein Ort in mehrere Wahlbezirke eingeteilt werden soll, sowie über die Zahl derselben und die Bestimmung der Wahlbezirke und Wahlmänner selbst sowie die Einweisung der Wahlvorstände erfolgt durch die Ortsverwaltung.

Wahlvorstand kann jedes Verbandsmitglied werden. Freiwillig sich hierzu zur Verfügung stellende Mitglieder sind bei der Ernennung vorzuziehen.

Die Einteilung der Wahlbezirke, die Bezeichnung der Wahlräume, der Wahlzeit und die Wahlzeit ist den Mitgliedern in geeigneter Weise durch Zirkular oder Bekanntmachung in der Presse, mindestens jedoch drei Tage vor Stattfinden der Wahl bekannt zu geben.

Dabei sind die Mitglieder angewiesen auf ihre Pflicht der Teilnahme an der Wahl aufmerksam zu machen und zur regen Beteiligung aufzufordern.

Offenheit der Wahlhandlung.

Die Wahlhandlung ist öffentlich, das heißt, es darf keinem Mitglied, soweit der Name hier genannt, der Aufenthalt im Wahlraum verweigert werden. Als Ausweis über die Mitgliedschaft dient das Mitgliedsbuch.

Die Wahlhandlung ist zur Einsichtnahme durch die Wähler im Wahlraum anzuzeigen.

Unzulässige Agitationen.

Die öffentliche Meinung ist nur zur Vornahme der Wahlhandlung zu bewegen. Die Erzielung anderer Zwecksetzungen, Erörterungen über Verbandsangelegenheiten und sonstige Diskussionen sind während derselben zu unterlassen. Der Wahlvorstand ist verpflichtet, dafür zu sorgen, daß derartige Diskussionen und die Wahlhandlung fördernde Geschäftsverhandlungen während derselben unterbleiben; er kann Mitglieder, die seinen darauf bezüglichen Anordnungen mehrfach zuwiderhandeln, aus dem Wahlraum verweisen.

Jede Beeinflussung eines Wählers zugunsten dieses oder jenes Kandidaten ist im Wahlraum vor oder während der Wahlhandlung zu unterlassen, damit die Mitglieder frei und unbeeinflusst ihre Stimme abgeben können.

Die Wahlagitation ist sachlich zu führen. Unzulässig und als unlautere Agitation gilt die Bekämpfung von Kandidaten durch Aufstellung unwahrer Behauptungen, die eine persönliche Herabsetzung von Kandidaten bezweckt.

Unzulässig sind Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen an die Mitglieder und Vertrauensleute zugunsten Vorgesetzter, die die vermeintlichen Vorzüge eines Vorschlags gegenüber einem anderen hervorheben. Unzulässig ist auch die unvollständige Wiedergabe der Namen der aufgestellten Kandidaten in Versammlungsberichten, wie auch die besondere Hervorhebung der eigenen Kandidatenvorschläge in Verwaltungsstellen zusammengesetzter Wahlabteilungen.

Jede nach diesen Vorschriften unzulässige Wahlagitation hat die Ungültigkeitserklärung des gesamten Wahlergebnisses in dem betreffenden Wahlraum, beziehungsweise Verwaltungsstelle zur Folge.

Die weiteren Bestimmungen des Wahlreglements regeln die Wahlleitung und Wahlhandlung, die Kontrolle der Wähler, die Zusammenstellung der Wahlergebnisse, die Einlegung derselben an Vorstand und Bezirksleiter, die Ungültigkeitserklärung von Wahlergebnissen und Stimmzetteln und die Mitteilung des Ergebnisses der Wahlen an die Mitgliedschaft.

Das Wahlreglement ist den Verwaltungsstellen bereits vergangene Woche — mit Rundschreiben Nr. 9 — zugefickt worden, so daß die Vorbereitungen zur Wahl getroffen werden können.

Am Tag der Wahl wird das Wahlreglement in den Wahllokalen zur Einsicht aufgelegt.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Verbands-Anzeigen

Begegnung Bremen. Einen weiteren Geschäftsführer zum 1. Mai sucht Bewerber muß über agitatorische und organisatorische Kenntnisse verfügen und in Fragen über Betriebsräte und Jugendbewegung wandern sein. Eine Beitragsleistung von 200 Wochen und 3/4 politische Mitgliedschaft ist Bedingung. Bewerbungen mit Angaben bisheriger Tätigkeit in der Arbeiterbewegung sowie Familienverhältnisse bis zum 13. April mit der Aufschrift „Bewerbung“ an den Stellvertreter Heinrich Pantzenau, Lumbund-Begegnung, Obdistr. 37, einzureichen. Wohnungsfrage ist eigene Angelegenheit.

Sonstige Anzeigen

(Anschließen bitte, die Arbeiterzeitschriften sind niemals an die Redaktion, sondern die inserierende Firma selbst, Inseratentwürfe aber stets nur an den Verlag Metallarbeiter-Zeitung zu richten.)

Automateneinsteller, nur perfekte und zuverlässige Arbeiter gemöhnt, welche an selbständiges und sauberes Arbeiten gewöhnt sind, sowie perfekte **Maschinenschlosser**, welche schon arbeiten haben, zur Reparatur und Instandhaltung von Automaten sofort gesucht. Unverheiratete, der Wohnungsvorhältnisse halber, vorzuziehen. Angebote an Johann Mayer, Schraubensabrik, Pflanzendruckerei, Seidenau bei Dresden, erbeten.

Tüchtiger Blechschweißer gesucht. Dingler'sche Maschinenfabrik A.-G., Personalabteilung Zweibrücken/Pfalz (nicht im Saargebiet).

Armaturen-Dreher, 2 tüchtige, für sofort gesucht. Jaskust & Comp., Quatendrad i. Hannover.

Dreher. Wir suchen einige erstklassige, solide und zuverlässige Dreher für Anfertigung von Einzelteilen zu Präzisions-Präzisionswerkzeugen. Dauerleistung und gute Bezahlung zugesichert. Erfahrene Dreher im Alter von etwa 30 Jahren wollen sich möglichst umgehend unter Beifügung von kurzem Lebenslauf, Zeugnis-Abschriften und Referenzen einreichen. Nur unverheiratete Dreher kommen in Frage. Adressierte Briefe: Maschinen- u. Werkzeuge-Gesellschaft m. b. H., Reunow a. Rh. (Bezirksamte Gebiet).

Dreher und Maschinenschlosser, einige tüchtige Dreher & Gebläse, Maschinenfabrik, Delmeide.

Geübter Drücker für Messing- und Eisenblech, für guten Lohn zum sofortigen Eintritt nach Frankfurt a. M. gesucht. Dr. Ing. Schneider & Comp., Frankfurt a. M.

Groß-Unternehmung auf dem Lande mit **Dieselmotoren** und **Reffelschmied** sucht zahlreiche **gelernte Facharbeiter**, für welche Wohnung gehalten auf Wunsch. Jüngere verheiratete bevorzugt. Offerten mit Zeugnis-Abschriften erbeten an R. u. Th. Müller, G. m. b. H., Braunschweig.

Feilenhauer (Handhauer), welcher auch Härten kann für dauernde Stellung gesucht. Feilenfabrik, Dentsch, Dentsch & Co., Dentsch.

Tüchtiger Feilenschleifer, sowie **tüchtiger Maschinenhauer** für Feilen Nr. 8 (früher Nr. 17) bei hohen Lohn gesucht. Mannheimer Feilenfabrik, Feilen- u. Maschinenfabrik, Mannheim.

Mehrere Former (Hand- und Maschinenformer) für sofort gesucht. Eisengießerei und Maschinenfabrik Adolf Schaefer, G. m. b. H., Wittenberg (Bezirk Halle).

Tüchtige Former, Sternmacher, Modellschreiner gesucht. Für Schlafstelle und Beheizung wird gesorgt. Dingler'sche Maschinenfabrik, A.-G., Personal-Abteilung, Zweibrücken/Pfalz (nicht im Saargebiet).

2 tüchtige Handformer zum sofortigen Eintritt sucht Keller & Comp., Reichenheim a. d. Rh.

Handhauer für große u. mittlere Feilen gesucht. Schleifstein mit Kraftantrieb vorhanden. Heinrich Niedel, Dielefeld, Gr. Kurfürstenstr. 35.

Tüchtiger Handhauer, perfekte Maschinenhauer auf Feilen- und Ammendorfer Maschinen, sowie einen tüchtigen Schleifer, sofort gesucht. Georg Meißner, Feilenfabrik, Gesehshain i. Sa.

Heizungsmonteur, nur absolut selbständige Kräfte, für sofort gesucht. Angebote mit Bild. Lambert & Brauner, G. m. b. H., Darmstadt, Holzhofallee 11.

Geübter Härter für Eisen-Härtung für Motor-geübte Dreher für Motorteile, in den mittleren Jahren, davon einer zur Bedienung eines Horizontal-Bohrwerks, gesucht. Breuerwerk, Höchst a. Main.

8-10 Reffelschmiede, 10 Montage- und Hochschloffer, 2 Dreher sucht für sofort. Wilhelm Zoll, Oppan (Pfalz).

Tüchtige Kupferschmiede gesucht. Selbstverfertiger Metallwarenfabrik, Martinus Krenkel, Seidberg, Bergheimstr. 101a.

Tücht. Kunstformer und Eiselenr für feinsten Bronzenguss gesucht. Düsseldorf-Deutscher Spezialgießereibetrieb, G. m. b. H., Düsseldorf-Obdistr., Hansallee 240.

Tüchtiger Maschinenhauer auf Ammendorf M. A. oder M. B., erst gelernter Handhauer zum Anlernen, sofort gesucht. B. Wilhelm, Feilenfabrik, Landau, Neuherrn-Görlitzstr. 4.

Einige Matrizenmacher, zum Anfertigen von Matrizen zum Erzeugen tüchtiger **Matrizenmacher**, zum elektrotechnischen Porzellan sowie einige **perfekte Schmittschloffer** zum sofortigen Eintritt bei hohem Lohn gesucht. Ferner findet ein **Reichard Meißner**, Werkzeug- u. Maschinenfabrik, Groß-Dubrau i. Sachl.

Metalldrücker, mehrere, auf Aluminium eingearbeitet, stellt ein Aluminiumwerk, G. m. b. H., Düsseldorf.

Tüchtige Metalldrücker zum sofortigen Eintritt in dauernde Stellung gesucht. Gebroder Zimmermann, München, Kumpferstr. 1.

Einige Metallformer, speziell für Wasser- und Wasserdampfmaschinen, sofort gesucht. Infolge Wohnungsmangel können nur unverheiratete berücksichtigt werden. Albert & Siegmund, G. m. b. H., Armaturenfabrik und Metallgießerei, Eisenberg in Thüringen.

Tüchtigen Modellschloffer, möglichst unverheiratet, stellt sofort ein. Eisenwerk Freiland, G. m. b. H., Friedland i. Rh.

Schleifer, tüchtige, für Fahrradteile stellen sofort ein. Richter & Dankow, Beckum i. W., Delbrückstr. 18.

2 bis 3 jüngere Schlosser, die in prägnanten Schrankarbeiten tüchtig sind und nach Zeichnung selbständig arbeiten, für sofort bei gutem Lohn gesucht. Angebote an Metallwerk Kelen bei Eingen a. Sothenwiel.

Stahl-Graveur, tüchtig auf Westdeutscher Stangen für sofort gesucht. Ausführliche Angebote mit Zeugnis-Abschriften an Metallwaren-Fabrik „Wicko“, P. Klaus Bauer, Friedberg i. Sa.

Werkzeugschloffer, durchaus selbständig im Schmitt- und Stangenbau, gesucht. H. Nidel & Comp., Aluminiumwerk, Kassel.

Druck und Verlag von Alexander Schlick & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rößelstraße 16 E.

Nachtrag zu der in Nr. 11 bekanntgegebenen Wahlkreiseinteilung

Bezirk Brandenburg: Treuenbriehen wählt in der Abteilung Miltarbe bis Jülichau.

Bezirk Breslau: Friedenshütte wählt mit Königshütte u. Laurahütte.

Bezirk Halle: Zerbst wählt in der Abteilung Alten bis Torgau.

Bezirk Hannover: Oflleben wählt in der Abteilung Blankenburg bis Horge.

Bezirk Nürnberg: Rochel am See und Mühlhof am Inn wählen in der Abteilung Altdilling bis Weissenburg.

Bezirk Stuttgart: Wangen im Allgäu wählt in der Abteilung Achem bis Wüdschingen.

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 26. März ist der 13. Wochenbeitrag für die Zeit vom 26. März bis 1. April 1922 fällig.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse:			Beginn der Beitragserhebung
	I	II	III	
Barmen	300	—	—	14. Beitragswoche
Eintrich	50	—	—	14. "
Gera	800	200	50	14. "
Gr. Schönan	200	100	—	14. "
Hannenburg a. E.	200	200	—	14. "
Siegen	300	200	50	14. "
Schlachten	100	100	30	15. "

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Aufforderung zur Rechtfertigung: Die nachfolgend genannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Köthen: Der ? Bruno Krieger (Krieger), geb. am 2. August 1897 zu Lommanssch, Mitgliedsbuch Nr. 4552046, wegen Diebstahl.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Münster i. W.: Der Dreher Gustav Deter, geb. am 18. März 1898 zu Düsseldorf, Mitgliedsbuch Nr. 4500069, wegen Unterschlagung von Beitragsmarken.

Für nicht wieder aufnahmefähig wird erklärt: Auf Antrag der Verwaltungsstelle Elm: Der Schlosser Eugen Springer, geb. am 20. März 1900 zu Elm a. D., Mitgliedsbuch Nr. 3018417, wegen betr. Manipulationen mit Beitragsmarken.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! • Zugang ist fernzuhalten: von Feilenarbeitern nach Dels i. Schlef. (Moriz Glanz) D.; von Gold- und Silberarbeitern nach dem ganzen Gebiet der Schweiz; nach Biersen (Beck. Hamm) St.; von Feigungsarbeitern nach Länderscheid; von Metallarbeitern aller Branchen nach Bremen; nach Chemnitz-Reichenbrand (Eitz-Beck) D.; nach Eberzwalde (Abelt-Beck) W.; nach Finnland; nach Forst, R. Langß (R. Jülich in Gr. Köpzig) D.; nach Königsb. i. Pr. St.; nach Langenburg; nach Marburg a. L. (H. K. K. St.); nach Oppensen (alle Orte des Bez. Königsberg) St.; nach Rheinb. (Münster) & Schmalzger, Rheinb. i. Spitzberg) D.; nach Siedingen a. Rh. (Stein-Beck) G. m. b. H. D.; von Holzwerkern nach Rombach i. Loth. St.

L = Lohnbewegung; D = Differenzen; a. St. = Streit in St.; St. = Streit; R = Rüstung; St. = Stille; L = Aufspernung.

Die Mitteilungen über Differenzen, die zur Spernung eines Orts oder einzelner Betriebe führen sollen, sind an den Vorstand zu richten. Anträge auf Spernung von Orten müssen von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen eingereicht werden und ausdrücklich begründet sein.

Abgeschickte Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung erscheint, die Entsendung bei der nächsten Ortsversammlung oder, was eine solche nicht besteht, beim Vorstand anzukündigen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zugewiesen wurde, zum Aufweis der Mitgliedschaft abzurufen zu lassen.